
Reiner Tosstorff

Robert Dißmann: Zwischen Metallarbeitergewerkschaft und linker Sozialdemokratie

ABSTRACT

Robert Dißmann (8 August 1878–30 October 1926) belonged to the generation of the German labour movement's golden age in the Wilhelminian Reich. In 1900, just 22 years old, he became a local secretary of the *Deutscher Metallarbeiterverband* in Barmen and remained a full-time official in the workers' movement until his death. In 1905 he moved to the much more important Frankfurt, but just three years later switched to a party position, first as local secretary in Hanau, one of the strongholds of the radical left, and in 1912 to the regional secretariat for the Rhein-Main area. Consequently he became involved in the anti-war opposition from the outset. Even although he kept close contact with Rosa Luxemburg from 1913 onwards, Dißmann tended towards the "left centre", partially due to his long-time friendship with Wilhelm Dittmann. When the USPD was formed in 1917, he became one of its leaders outside Berlin and acted as its principal spokesperson in the Frankfurt region during the November Revolution. But having never completely abandoned his contacts with the metal workers union, he refocused his activism here with the emergence of a strong oppositional current during the war. He was elected one of the chairpersons when the union's left wing, strongly allied to the USPD, took the leadership in 1919. He was one of the rare cases of former trade union officials who had begun a political career, which usually led them to the very right wing of the SPD, but then returned to trade union work under a left perspective (even though simultaneously he guarded important positions in the USPD and later on as one of the spokespersons of the SPD's left wing). His untimely and sudden death left a gap which was not filled until 1933.

Keywords: *Robert Dißmann, metal workers' union (DMV), USPD, SPD, November Revolution*

Einleitung¹

Unter den Führungspersönlichkeiten der Weimarer Arbeiterbewegung ist Robert Dißmann (8. August 1878–30. Oktober 1926) heute vergleichsweise unbekannt. Zwar war er „nur“ Gewerkschaftsvorsitzender, wenn auch der weitaus bedeutendsten Organisation, des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), und nur „einfacher“ Reichstagsabgeordneter, ohne Führungsfunktion in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nach der Wiedervereinigung mit der Rest-USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Sein früher Tod mit achtundvierzig Jahren Ende 1926 riss ihn jedoch gänzlich unerwartet aus vielen Aktivitäten. Und die Überlegungen bleiben spekulativ, mit welchen Positionen er in der Endkrise der Weimarer Republik aufgetreten wäre und welche Auswirkungen das hätte haben können.

Als entschiedener linker Sozialdemokrat stand er in wesentlichen Fragen in der Minderheit, sei es in den Auseinandersetzungen vor und während des Ersten Weltkriegs, sei es ab Ende 1922 in der wiedervereinigten SPD. In der USPD zwischen 1917 und 1922 entwickelte er sich, nachdem er in den Revolutionsmonaten ein entschiedener Fürsprecher des linken, an den Räten orientierten Flügels gewesen war, zu einem scharfen Gegner der Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Auch innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stand er trotz seiner vergleichsweise unangreifbaren Stellung als Metallarbeitervorsitzender in entscheidenden Fragen in der Minderheit. So aß er in gewisser Weise auch zwischen den Stühlen einer am *mainstream* der beiden großen Richtungen orientierten Arbeiterbewegungsgeschichte. Zudem war er kein Parteistrategie oder Theoretiker, der über das geschriebene Wort politisch wirkte, mit einem entsprechenden literarischen Erbe, sondern ein unermüdlicher Praktiker der Organisation. So nimmt es kein Wunder, dass er noch am meisten Aufmerksamkeit in den an seinem gewerkschaftlichen Aktionsfeld interessierten Studien fand.²

- 1 Die folgende Skizze beruht auf Ergebnissen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten biographischen Projekts. Einige Teile wurden bereits auf der German Historical Society, Manchester September 2010, und auf dem Forschungskolloquium des Instituts für soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum, April 2012, vorgetragen.
- 2 Das gilt vor allem für die Studie von Fritz Opel: *Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution*, Hannover 1957, der dann auch den Grundstock zu der Festschrift der IG Metall schrieb: *Fünfundsiebzig Jahre Industriegewerkschaft: 1891–1966*, Frankfurt 1966. (Fortgeschriebene Ausgaben zum 90. und zum 100. Jahrestag.) Von der weiteren Historiographie sei noch auf Peter v. Oertzen: *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1976, verwiesen, der mehrfach auf seine Bedeutung verweist (z. B. S. 286), ohne ihn aber im Rahmen seiner Arbeit umfassend biographisch würdigen zu können, sowie auf Lothar Wentzel: *Inflation und Arbeitslosigkeit: Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes (1919–1924)*, Hannover 1981.

Zudem ist die Quellenlage nicht einfach. Die Organisationsarchive der deutschen Arbeiterbewegung, sofern sie überhaupt nach den von Historikern gewünschten Kriterien geführt worden waren, fielen 1933 der Nazi-Zerstörung zum Opfer. Einige wenige gewerkschaftliche Splitter lassen noch etwas von Dißmanns Umtriebigkeit erahnen, während Parteiarchive aus seinen entsprechenden Tätigkeiten überhaupt nicht mehr erhalten sind.³ Er trat journalistisch kaum auf, denn *“in vital party or union matters he had no time for speculative or visionary politics”*.⁴ Es gehörte auch zu seinem Stil, dass er in seinen öffentlichen Äußerungen nichts über sich selbst ausführte. Durch seinen frühen und plötzlichen Tod hatte er auch gar keine Gelegenheit, sich über seine Erfahrungen und Erlebnisse zu äußern. So ist sein Leben vor allem durch sein Wirken und die Berichterstattung darüber zu rekonstruieren. Aufgrund des zur Verfügung stehenden Umfangs beschränken sich die folgenden Ausführungen auf die Zeit bis Ende 1919, also bis zu seiner Wahl an die Spitze des DMV. Es sind die Jahre seiner Erfahrungen und Prägungen in der alten Vorkriegssozialdemokratie mit ihrer Vorbild- und Modellfunktion für den internationalen Sozialismus.

Jugend und erste Jahre als Metallarbeiterfunktionär in Barmen

Geboren wurde Robert Dißmann am 8. August 1878 in einem Dorf im Bergischen Land (Teil des Rheinlands).⁵ In *“einer armen Proletarierfamilie [lernte er] Not und Entbehrungen während seiner Kindheit in reichem Maße kennen”*.⁶ So wurde *“ihm die Mitgift einer abgerundeten Kultur versagt. Er schuf sie sich”*.⁷ Als gelernter *“Dreher und Maschinenbauer”* kam er nach Barmen,⁸ wo er sich 1897 der *“modernen Arbeiterbewe-*

3 Sie finden sich v. a. im sehr unvollständigen Archiv des Internationalen Metallarbeiterbundes, heute in der Friedrich-Ebert-Stiftung. Für die Zeit seiner Tätigkeit als Parteifunktionär zuvor gilt allerdings, dass sich wenigstens in einigen erhaltenen Nachlässen Briefe von ihm finden lassen.

4 So David H. Morgan: *The Socialist Left and the German Revolution: A History of the Independent Social Democratic Party, 1917–1922*, Ithaca/London 1975, S. 60.

5 Biografischen Eckdaten nach Reichstags-Handbuch, I. Wahlperiode 1920, hrsg. von Bureau des Reichstags, Berlin 1920, S. 201. Zudem liegt seine Karte aus der Einwohnermeldekartei Frankfurts im Stadtarchiv vor.

6 Max Ulrich: Robert Dißmann als Führer, in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft* 45, 11. November 1926.

7 Hanns-Erich Kaminski, Robert Dißmann in seinem Wahlkreis, in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft*: Nr. 43, 28. Oktober 1927.

8 Die Stadt fusionierte 1929 mit Elberfeld zu Wuppertal.

gung” anschloss, dem DMV ebenso wie der SPD.⁹ An diesem Weg ist prinzipiell nichts Ungewöhnliches.¹⁰

Bereits Anfang 1900 erwähnt ihn das DMV-Organ als Leiter eines Streiks in einer Maschinenfabrik.¹¹ Die Tatsache, dass er schon als Bevollmächtigter – also als ehrenamtlicher Leiter des Barmer DMV – bezeichnet wird, lässt jedenfalls den Schluss zu, dass er sich innerhalb kurzer Zeit das Vertrauen der Kollegen für eine solche Führungsposition durch großen Einsatz erworben haben muss. Nur zwei Monate später, zum 1. Mai 1900, übernahm er die neu eingerichtete hauptamtliche Stelle als Geschäftsführer.¹² Die Gewerkschaftskommission des Nachbarorts Elberfeld schrieb, dass “die Barmer Metallarbeiter schon vor Jahresfrist durch Anstellung eines energischen und geschickten Lokalbeamten äußerst günstige Fortschritte zu verzeichnen hatten”.¹³ Die Übernahme einer hauptamtlichen Tätigkeit mit zweiundzwanzig war zwar nicht typisch, aber auch nicht ganz ungewöhnlich.¹⁴

Auch wenn wir also viele Details seines Lebenswegs nicht kennen, so passen die wenigen Informationen zu dem Gruppenporträt des hauptamtlichen DMV-Funktionärskörpers in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, wie es Klaus Schönhoven gezeichnet hat:

Zwei Drittel von ihnen waren in Mittelstädten, Kleinstädten oder Dörfern geboren, in denen es keine größeren Industriebetriebe gab [...]; alle Beamten waren vor ihrer Anstellung beim Metallarbeiterverband in einem Beruf der Metallbranche beschäftigt

- 9 Nach Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation: Ein Handbuch, Düsseldorf 1995, S. 412.
- 10 “Hatten viele der neuen DMV-Mitglieder nicht vielleicht eine Lehre in ländlichen Handwerksbetrieben durchlaufen (anstatt in den alten städtischen Exporthandwerken), waren sie in ihrer Masse nicht vielleicht die erste Generation der ländlichen Überschussbevölkerung, die zu Metallarbeitern geworden war?” Rudolf Boch: Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft: Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, Göttingen 1985, S. 155.
- 11 Deutsche Metallarbeiterzeitung: Organ für die Interessen der Metallarbeiter: Publikationsorgan des deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Nr. 10, 10. März 1900.
- 12 Reichstags-Handbuch, I. Wahlperiode 1920.
- 13 Gewerkschafts-Commission Elberfeld: Jahresbericht für 1900/1901, Von April bis April, Elberfeld 1901, S. 9.
- 14 Ein ähnlicher Fall war z. B. Carl Severing mit 26 Jahren. Vgl. Klaus Schönhoven: Expansion und Konzentration: Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980, S. 235–237. Der DMV weitete in diesen Jahren überhaupt erst seinen Funktionärskörper stark aus: 6 Hauptamtliche 1899, 1900: 36, 1904: 133, 1907: 345, S. 230.

gewesen [...]. Über 60 % der Beamten gaben für den Zeitraum vor ihrer hauptamtlichen Tätigkeit ehrenamtliche Funktionen in der Partei- oder Gewerkschaftsarbeit an, hatten also bereits Organisationserfahrungen in der Arbeiterbewegung gesammelt.¹⁵

Leider gilt auch für die nun folgenden insgesamt fünf Jahre von Dißmanns Tätigkeit in Barmen, dass kaum Informationen überliefert sind, in denen er als Person hervortritt. Allerdings sind die Eckdaten bekannt. Barmens DMV hatte sich zwischen 1899 und 1900 von 242 auf 930 Mitglieder entwickelt und konsolidierte sich dann bei etwa 1300 Mitgliedern zwischen 1902 und 1904. Der damit erreichte Organisationsgrad lag bei 40 bis 50 Prozent.¹⁶ Der große Sprung in der Mitgliedschaft hatte also zu Beginn seiner hauptamtlichen Tätigkeit gelegen. Die Jahre als Geschäftsführer lassen sich im Wesentlichen als Jahre einer organisatorischen Stabilisierung charakterisieren.

Bleibt Dißmanns Tätigkeit im Barmer DMV so vor allem indirekt in der organisatorischen Aufwärtsentwicklung der Gewerkschaft erfassbar, so betrifft dies noch viel stärker seine Aktivität in der Partei. Gelegentlich taucht sein Name bei Parteiaktivitäten im lokalen SPD-Organ auf, was zumindest anzeigt, dass er auch am Parteileben teilnahm.¹⁷ Es ist zu vermuten, dass er, falls er keine ehrenamtlichen Parteifunktionen ausübte, als Gewerkschaftsfunktionär sicher nicht als einfaches Parteimitglied betrachtet wurde. In diesem Reichstagswahlkreis, einer der ältesten Hochburgen der SPD seit den 1860er Jahren, stand die Partei um die Jahrhundertwende in den Diskussionen um Revisionismus entschieden hinter der Parteiführung: "Die jeweiligen Wuppertaler Delegierten vertreten keinen extrem linken, zumeist aber doch einen Standpunkt, den man einigermaßen radikal nennen muß".¹⁸ Dieses politische Milieu dürfte Dißmann geprägt und darauf vorbereitet haben, sodass er in den folgenden Jahren in Frankfurt und Hanau schnell zu einem auch reichsweit bekannten Vertreter des linken Flügels wurde.

15 Klaus Schönhoven: Expansion und Konzentration: Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, S. 237.

16 Angaben nach den Jahresberichten des Barmer Gewerkschaftskartells.

17 z. B. als Diskussionsredner im lokalen Parteiorgan Freie Presse vom 29. August 1901 über eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, auf der über den anstehenden SPD-Parteitag gesprochen wurde.

18 Hermann Herberts: Zur Geschichte der SPD in Wuppertal: Ein Beitrag zum Hundertjahr-Jubiläum 1963, Wuppertal 1963, S. 152.

Zwischen Gewerkschaft und Partei: Robert Dißmann in Südhessen 1905–1914

Drei Jahre an der Spitze der Frankfurter Metallarbeiter in Kampfzeiten

Zum 1. Mai 1905 übernahm Dißmann die Geschäftsführerposition des Frankfurter DMV.¹⁹ Damit kam er in ein Handels- und Finanzzentrum, das eine Hochburg des Liberalismus war, aber seit den neunziger Jahren zumeist einen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten stellte. Es war aber auch zur Entstehung von Metallbetrieben gekommen, zum Teil in dann eingemeindeten Vororten. Im Jahre 1907 "hatte dieser Sektor [...] nun fast 27.000 Beschäftigte, davon allein 21.000 im Bereich des Maschinen- und Apparatebaus".²⁰ Entsprechend wuchs die Verwaltungsstelle des DMV: 1900 1566, 1902 1756, 1903 2852 und 1904 4350 Mitglieder.²¹

Das Rückgrat der Frankfurter Gewerkschaftsbewegung wurde nach 1900 eindeutig der Metallarbeiterverband. [...] Er wurde nicht nur zur größten Einzelorganisation des Kartells, er führte ungefähr ab Mitte des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrhundert auch die meisten Tarifikämpfe und bestimmte ab dieser Zeit auch die allgemeine politische Ausrichtung des Kartells.²²

Zweieinhalb Monate nach Beginn seiner Geschäftsführertätigkeit wurde Dißmann am 17. Juli 1905 von einer Generalversammlung auch an die Spitze des Frankfurter DMV als 1. Bevollmächtigter gewählt.²³

Er übernahm die Leitung des Frankfurter DMV in einer Zeit zahlreicher Tarifikämpfe. "Von 1904 bis 1914 führte der DMV nicht weniger als neunmal die Arbeitskämpfe [insgesamt in Frankfurt] an und gab in dieser Zeit allein für Streikunterstüt-

19 Vgl. die Ausschreibungen in der Metallarbeiterzeitung Nr. 11, 18. März 1905 und Nr. 12, 25. März 1905.

20 Ralf Roth: Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main: Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760–1914, München 1996, S. 569.

21 Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltung Frankfurt a. M., Festschrift. Fünfundzwanzig Jahre Gewerkschaftsarbeit 1891–1916. Verfaßt von Georg Ulrich, Frankfurt a. M. 1916, S. 10–12. Zum Hintergrund vgl. Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte (hrsg.): Vom Hambacher Fest bis zum Ersten Weltkrieg 1832–1914 (Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832–1933 Bd. 1), Frankfurt 1994, S. 353–402; Ralf Roth: Gewerkschaftskartell und Sozialpolitik in Frankfurt am Main: Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zwischen Restauration und liberaler Erneuerung, Frankfurt 1991.

22 Ibid., S. 124.

23 Vgl. Deutscher Metallarbeiter-Verband: Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.: Jahresbericht der Verwaltung für das Jahr 1905, Frankfurt 1906, S. 14, 16.

zung über 1,1 Millionen Mark aus.“²⁴ Auch wenn diese Streikbewegungen nur zum Teil erfolgreich waren und vor allem die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit nicht generell verwirklicht werden konnte, so führten sie jedoch zu massivem Mitgliedererfolg: von 4.252 Ende 1905 auf 8.072 Ende 1907. Hatte der Organisationsgrad im Metallbereich 1895 noch bei 6,1 Prozent gelegen, erreicht er nun 45,1 Prozent.²⁵ Nichts zeigt deutlicher den wachsenden Erfolg des DMV als die Angaben zur Arbeitszeit, die Dißmann auf der Generalversammlung im ersten Quartal 1908 geben konnte, und die das fast vollständige Ende des Zehn-Stunden-Tages und die wachsende Durchsetzung des Neun-Stunden-Tages anzeigten.²⁶

Diese gewerkschaftlichen Kämpfe bildeten zweifellos den Hintergrund zum politischen Aufschwung der Sozialdemokratie,²⁷ die trotz der Wahlrechtsbeschränkungen bei den Kommunalwahlen insbesondere ab 1906 einen großen Aufschwung erlebte, nachdem sie 1900 zum ersten Mal einen Stadtverordneten gestellt hatte.²⁸

- 24 Ralf Roth: Gewerkschaftskartell und Sozialpolitik in Frankfurt am Main: Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zwischen Restauration und liberaler Erneuerung, S. 145. Größere Berichte über Streikbewegungen finden sich in der Metallarbeiterzeitung, z. B. Nr. 51, S. 23. Dezember 1905; 38, S. 22. September 1906; 26, 29. Juni 1907; 35, 31. August 1907. Weit ausführlichere Informationen enthalten die Jahresberichte der DMV-Verwaltungsstelle. Ein Überblick bei Ralf Roth: Gewerkschaftskartell und Sozialpolitik in Frankfurt am Main: Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zwischen Restauration und liberaler Erneuerung, S. 146–148, und eine Zusammenstellung von Dokumentenauszügen in: Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte (hrsg.): Vom Hambacher Fest bis zum Ersten Weltkrieg 1832–1914 (Frankfurter Arbeiterbewegung in Dokumenten 1832–1933 Bd. 1), S. 384, 530–558.
- 25 Die Mitgliederzahlen nach den entsprechenden Jahresberichten; die Berechnung des Organisationsgrades nach Ralf Roth: Gewerkschaftskartell und Sozialpolitik in Frankfurt am Main: Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zwischen Restauration und liberaler Erneuerung, S. 118.
- 26 Metallarbeiterzeitung, Nr. 12, 21. März 1908.
- 27 Ein geraffter Überblick, der auch die anderen Branchen angemessen berücksichtigt, bei Ralf Roth: Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main: Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft 1760–1914, S. 611–620; ausführlicher in Ralf Roth: Gewerkschaftskartell und Sozialpolitik in Frankfurt am Main: Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg zwischen Restauration und liberaler Erneuerung, insbes. S. 133–144.
- 28 Die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten betrug: 1900: 1, 1902: 1, 1904: 3, 1906: 6, 1908: 15, 1910: 20, 1910: 22, 1912: 23. Ausführlich dazu Karl Maly: Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung (Das Regiment der Parteien Bd. 2, 1901–1933), Frankfurt 1995.

Über Frankfurt hinaus: Dißmann in der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung

Schon als Geschäftsführer in Barmen hatte sich gleichsam folgerichtig seine Delegation zu Gewerkschaftskongressen ergeben. Das geschah zum ersten Mal auf der fünften Generalversammlung des DMV 1901.²⁹ Ganz neu auf einer solchen Konferenz ergriff er kein einziges Mal das Wort, konnte aber dort zweifellos die in der Organisation vorhandenen Spannungen spüren, die sich am stärksten bei der Ersten-Mai-Frage artikulierten, der Haltung zu einem Streikaufruf an diesem Tag.³⁰

Diese Frage war es auch, die ihm – wie er später erklärte – eine politische Klärung brachte. Im Folgejahr war er einer von zwölf Delegierten des DMV auf dem vierten deutschen Gewerkschaftskongress vom 16. bis 21. Juni in Stuttgart. Im Jahre 1919 erinnerte er den deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden Carl Legien daran, dass man in einer Geheimsitzung, deren Protokoll später vernichtet worden sei, den Widerstand gegen den Aufruf der Partei zur Arbeitsruhe am 1. Mai besprochen habe. Diese Diskussion habe ihn in den Gegensatz zur Politik der Gewerkschaftsführung gebracht.³¹

Doch zunächst wurde das noch nicht manifest. Immerhin profilierte er sich stärker auf der nächsten DMV-Generalversammlung in Berlin vom 1. bis zum 6. Juni 1903, als er sich in einigen Fragen gegen den Vorstand stellte.³² Insgesamt zeigte er sich in seinen Interventionen als ein aktiver Funktionär auf der lokalen Ebene, der nicht in jedem Fall dem Vorstand zu folgen bereit war und auch kritisch auf den Rechten der lokalen Gliederungen beharrte, ohne aber dabei generell dessen Führungsanspruch in Frage zu stellen.

29 Vgl. Protokoll der 5. ordentlichen General-Versammlung zu Nürnberg im großen Saale der Rosenau. Abgehalten vom 28. Mai bis 1. Juni 1901, Stuttgart o. J.

30 Vgl. dazu Joachim Eichler: Von Köln nach Mannheim: Die Debatten über Maifeier, Massenstreik und das Verhältnis der Freien Gewerkschaften zur deutschen Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung Deutschlands 1905/06: Zur Entstehung des Mannheimer Abkommens“, Münster/Hamburg 1992.

31 Lothar Wentzel: Inflation und Arbeitslosigkeit: Gewerkschaftliche Kämpfe und ihre Grenzen am Beispiel des Deutschen Metallarbeiterverbandes 1919–1924, S. 199. Tatsächlich findet sich ein Hinweis auch in: Protokoll der Konferenz der Vorstände der Centralverbände, Abgehalten im Berliner Gewerkschaftshaus am Montag den 12. und Dienstag den 13. Oktober 1903, Berlin 1903, S. 15 f. vgl. dazu auch Joachim Eichler: Von Köln nach Mannheim: Die Debatten über Maifeier, Massenstreik und das Verhältnis der Freien Gewerkschaften zur deutschen Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung Deutschlands 1905/06: Zur Entstehung des Mannheimer Abkommens, S. 30 f.

32 Vgl. Die sechste ordentliche General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Abgehalten vom 1. bis 6. Juni 1903 im Saale des Gewerkschaftshauses zu Berlin, Stuttgart o. J., S. 166–168, 235 f., 250, 260, 282.

Sein Wechsel von Barmen nach Frankfurt zum 1. Mai 1905, unmittelbar vor einem weiteren, dem berühmten fünften deutschen Gewerkschaftskongress, der zum Auftakt der scharfen Auseinandersetzung mit der Partei wurde und dann zum Mannheimer Abkommen im Folgejahr führte, und vor der siebten Generalversammlung des DMV im Juni, führte allerdings dazu, dass er auf diese Tagungen nicht delegiert werden konnte.

Seine kritische Position konnte er aber gleich auf der folgenden Generalversammlung wieder – und zwar diesmal noch entschiedener – zur Geltung bringen. Sie fand im Mai 1907 statt und Dißmann war nun einer von vier Frankfurter Delegierten.³³ Seine engagierten Interventionen führten diesmal sogar zu direkten persönlichen Angriffen oder indirekten in Form von Kritik an der Verwaltungsstelle Frankfurt. Immer wieder schien das Abkommen von Mannheim zwischen Gewerkschaften und der Partei vom Vorjahr durch, mit seiner Anerkennung einer Art Gewerkschaftsveto, wobei Dißmann in seinen Äußerungen das Abkommen vor allem als eine Art Bekräftigung der engen Kampfgemeinschaft ansah. So exponiert, gelang es ihm nur knapp, sich bei der Delegiertenwahl für den anstehenden Kongress des Internationalen Metallarbeiterbunds zu behaupten.

Dieser fand vom 12. bis 15. August 1907 in Brüssel statt.³⁴ Neben den zahlreichen klassischen gewerkschaftlichen Fragen stand, wie bei vielen internationalen Gewerkschaftskongressen in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die Konfrontation zwischen Franzosen und Deutschen im Vordergrund: zwischen revolutionärem Syndikalismus und dem deutschen Modell einer starken Organisation mit hohen Leistungen für ihre Mitglieder, zwischen der Ablehnung der Parteipolitik und der Zusammenarbeit mit einer politischen Partei.³⁵ Hierzu ergriff Dißmann das Wort in einer heftigen Polemik gegen einen französischen Redner. Die bisherige Erfahrung habe gelehrt, dass die Resultate in Frankreich nicht erfolgreich gewesen seien, sondern der Aufbau starker Organisationen behindert worden sei. „Wir stehen auf dem Boden des Klassenkampfes, beide Säulen der Arbeiterbewegung sind gleich notwendig und haben sich in ihren Aufgaben gegenseitig zu ergänzen. Für uns gilt das Wort: ‚Partei und Gewerkschaft sind eins‘ [...]“³⁶ Das war

33 Die achte ordentliche General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Abgehalten vom 20. bis 25. Mai 1907 in den Zentralsälen in München, Stuttgart o. J.

34 Vgl. Der fünfte internationale Metallarbeiter-Kongress am 12., 13., 14. und 15. August 1907 im Volkshaus in Brüssel, Offizieller Bericht zusammengestellt und herausgegeben vom Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes, Stuttgart 1907.

35 Zur Konfrontation der beiden Gewerkschaftsmodelle vgl. Susan Milner: *The Dilemmas of Internationalism. French Syndicalism and the International Labour Movement: 1900–1914*, New York u. a. 1990. Speziell zu den französischen und deutschen Metallarbeiterorganisationen im IMB vgl. Christian Gras: *Métallurgistes Français et Métallurgistes Allemands: Leurs rapports dans le Cadre de la Fédération Internationale des Ouvriers sur Métaux (FIOM) de 1890 à 1933*, in: *Bulletin de la Faculté des Lettres de Strasbourg* 6 (1968), S. 595–612.

36 Der fünfte internationale Metallarbeiter-Kongress am 12., 13., 14. und 15. August 1907 im Volkshaus in Brüssel, Offizieller Bericht, Stuttgart 1907, S. 23 f., 26 f.

die Formel, die er auch schon in der Generalversammlung des DMV zuvor verwandt hatte.

In gewissem Sinne war dieser Kongress auch Probelauf für den Stuttgarter Kongress der Zweiten Internationale (25. bis 28. August 1907). Er stellte den Höhepunkt in ihrer Entwicklung vor dem Ersten Weltkrieg dar und ist vor allem durch die Diskussionen über Militarismus und Imperialismus, aber auch über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft in die Geschichte des internationalen Sozialismus eingegangen.³⁷ Dißmann war dort einer der Delegierten des DMV.³⁸ „Der ganze Kongreß war beherrscht von einer Begeisterung, die den endgültigen Sieg in sich tragen muß“, fasste er seine Eindrücke in einem Bericht vor den Frankfurter SPD-Mitgliedern zusammen.³⁹ Eine eigene Diskussion des Frankfurter DMV fand auf einer Mitgliederversammlung am 26. August statt, auf der auch über den IMB-Kongress in Brüssel gesprochen wurde.⁴⁰

Im Jahr darauf, im Juni 1908, war er dann beim nächsten – dem sechsten – allgemeinen Kongress der deutschen Gewerkschaften als einer von 41 Delegierten des DMV wieder vertreten. Das einzige Thema, zu dem er im Namen der Frankfurter Gewerkschaften intervenierte, war ein im Vorjahr ausgehandelter Kompromiss zwischen Partei und Gewerkschaften, die Kosten bei Aussperrungen im Gefolge von Streiks am ersten Mai auf die örtlichen Organisationen abzuwälzen. Hier stand sicherlich die Erwartung im Hintergrund, die Streikbereitschaft schon direkt vor Ort zu bremsen. Er blieb mit seiner Kritik aber isoliert und musste sich direkte Angriffe auf seine Person und die Frankfurter Gewerkschaften anhören.⁴¹

Bei der Berichterstattung vor dem Frankfurter Gewerkschaftskartell zeigte sich Dißmann, der auch die verschiedenen anderen Tagesordnungspunkte kommentierte, enttäuscht. Zwei Jahre nach dem Mannheimer Abkommen sah er für „das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei zu den wichtigsten Fragen innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung“ noch großen Klärungsbedarf.⁴²

Nur wenige Monate darauf, zum 1. Oktober 1908, begann er mit einer ganz neuen Tätigkeit. Er wechselte als Parteisekretär nach Hanau. Dennoch gab er seine Verbindun-

37 Vgl. das Protokoll Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907.

38 Bei der Wahl im Frankfurter Bezirk hatte sich Dißmann mit großer Mehrheit gegen zwei andere Kandidaten durchgesetzt. Vgl. *Volksstimme*, 7. August 1907; *Metallarbeiterzeitung* Nr. 33, 17. August 1907.

39 *Volksstimme*, 2. September 1907.

40 Leider wissen wir darüber nur durch eine Anzeige in der Frankfurter SPD-Zeitung *Volksstimme* vom 23. August 1907. Ein Versammlungsbericht erschien nicht.

41 Protokoll der Verhandlungen des sechsten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, Abgehalten zu Hamburg vom 22. bis 27. Juni 1908, Berlin 1908, bes. S. 184–205.

42 *Volksstimme*, 8. Juni 1908.

gen in den DMV nicht gänzlich auf. Auf dessen neunter Generalversammlung in Hamburg (31. Mai-5. Juni 1909) war er örtlicher Delegierter. Das war ganz ungewöhnlich, schließlich stand als Berufsbezeichnung im Protokoll: Parteisekretär.

Diesmal standen noch stärker die innergewerkschaftlichen Streikfragen, wie um die Maifeier und die Vorstandsbemühungen um die Kontrolle über die lokalen Organisationsgliederungen, im Mittelpunkt. Eine Art innergewerkschaftliche Oppositionsstimmung artikuliert sich mit Dißmann als einem ihrer Wortführer, der dafür auch zum Teil heftig angegriffen wurde.⁴³

Sein Auftreten – wie auch das Auftreten anderer Vorstandskritiker – zielte jedenfalls erst einmal auf die Stärkung der Einflussmöglichkeiten der lokalen Ebene und der Mitgliedschaft allgemein.⁴⁴ Eine Alternative zum bestehenden Vorstand war das nicht, der sich im Übrigen alles in allem behauptete. Zu einer direkten Konfrontation bedurfte es erst der Situation nach Weltkriegsbeginn. Jedoch musste Dißmann dafür, dass er sich mit seiner Kritik so eindeutig positioniert hatte, auch gleich die Konsequenzen in Kauf nehmen. Er unterlag bei den Wahlen für die DMV-Delegation sowohl zum nächsten Kongress des IMB (Birmingham, 31. Oktober bis 2. November 1910) wie auch dem der Zweiten Internationale (Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910).⁴⁵

Zwischen Partei und Gewerkschaft: SPD-Funktionär zwischen Frankfurt und Hanau

In Frankfurt begann er fast unmittelbar nach seiner Ankunft am Ort auch eine zunächst ehrenamtliche Parteikarriere. Im Oktober 1905 wurde die lokale Parteiführung neu besetzt, in der seit dem Vorjahr der neue Parteisekretär Wilhelm Dittmann eine gewichtige Rolle spielte und in die nun Dißmann als zweiter Vorsitzender gewählt wurde. Mit Dittmann ging er eine enge politische Zusammenarbeit und Freundschaft ein, die über die Zeit seines Wechsels nach Hanau Ende 1908 beziehungsweise Dittmanns Weggang aus Frankfurt 1909 andauerte.⁴⁶ Komplettiert zu "Die Drei" – als die sie schon bald

43 Die neunte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Hamburg, Abgehalten vom 31. Mai bis 5. Juni 1909 im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57, Stuttgart o. J., S. 90–92, 184, 228, 236.

44 Vgl. dazu Rudolf Boch: Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft: Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, S. 213 f., 345 f.

45 Die neunte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Hamburg, Abgehalten vom 31. Mai bis 5. Juni 1909 im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57, S. 240.

46 Das bezeugen seine im Dittmann-Nachlass im ehemaligen Parteiarchiv in Moskau überlieferten Briefe. Ein Mikrofilm davon befindet sich in der Friedrich-Ebert-Stiftung.

bekannt waren – wurden sie durch den Geschäftsführer der Maurergewerkschaft und Frankfurter Stadtverordneten Wilhelm Hüttmann, der jetzt zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde.⁴⁷

Dieser neue Frankfurter Parteivorstand verkörperte einen Linksruck. Im Großen und Ganzen stand die Frankfurter Organisation in diesen Jahren mehrheitlich hinter der Parteilinie und damit gegen Revisionisten und süddeutsche Reformisten. Doch eine Minderheit äußerte auch Sympathien für den rechten Flügel, die in Max Quarck, dem Redakteur des lokalen Parteiorgans *Volksstimme*, ihren Wortführer hatte, eine in der gesamten Partei bekannte, sehr eigenwillige Persönlichkeit.⁴⁸

Mit ihm sollte es denn auch schnell zu Zusammenstößen kommen. Bereits Anfang September 1906 beklagte Dißmann auf einer Frankfurter Mitgliederversammlung, die radikale Richtung der Partei komme in der Zeitung nicht zum Ausdruck.⁴⁹ Wie polarisiert die Frankfurter Partei war, hatte sich zwei Wochen zuvor gezeigt, als sowohl Dißmann wie Quarck zu Delegierten für den Parteitag Ende September in Mannheim gewählt worden waren.⁵⁰

Auf diesem stand die Auseinandersetzung zwischen der Parteiführung um Bebel und der Gewerkschaftsführung um Legien im Vordergrund. Es kam zu einem Kompromiss (worauf oben schon verwiesen wurde).⁵¹ Dißmann selbst hielt sich mit Kritik an dem Vorgehen Legiens nicht zurück. Er gab aber dann dem erreichten Kompromiss mit der Festschreibung der Gleichberechtigung, bei der er die damit implizierte Kampfgemeinschaft und das gemeinsame Bekenntnis zum Sozialismus betonte, seine Zustimmung. Dieser Eindruck der wiederhergestellten Einigkeit war auch der Tenor seines Berichts vor der Frankfurter SPD: Für ihn was das ein Zugeständnis Legiens. “Der Parteitag würde ein Meilenstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung bleiben”, war sein Fazit.⁵²

Dies blieb seine einzige Parteitagsdelegierung während seiner Zeit im Frankfurter Parteivorstand. Im darauffolgenden Jahr wurde er zwar vorgeschlagen, lehnte aber ab.⁵³ Im September 1908 stand er unmittelbar vor dem Wechsel nach Hanau.

47 Wilhelm Dittmann: *Erinnerungen*, bearb. v. Jürgen Rojahn, 3 Bde., Frankfurt a.M./New York 1995, Bd. 1, S. 102.

48 Vgl. Kai Gniffke: *Genosse Dr. Quarck: Max Quarck – Publizist, Politiker und Patriot im Kaiserreich*, Frankfurt 1999.

49 *Volksstimme*, 7. September 1906. Zu einer Kritik aus Hanau vgl. *Volksstimme*, 27. November 1905. Siehe auch Wilhelm Dittmann: *Erinnerungen*, Bd. 1, S. 113 f.

50 *Volksstimme*, 16. August 1906.

51 Eine ausführliche Darstellung der Gewerkschaftsdiskussion des Parteitags und der vorausgehenden Konfrontation findet sich bei Eichler.

52 *Volksstimme*, 10. Oktober 1906. Ähnlich auch in seinem Bericht vor dem Frankfurter Gewerkschaftskartell, *Volksstimme* 26. u. 27. Oktober 1906.

53 *Volksstimme*, 15. August und 17. August 1907.

Doch stellte seine einflussreiche Beteiligung an der inneren Diskussion der Partei nur einen Teil dar. Mindestens genauso wichtig war sein Auftreten für sie in den zahlreichen Aktivitäten und Kampagnen, von denen der Wahlrechtskampf zur Abschaffung der preußischen "Dreiklassenschmach" und die Kandidaturen selbst sicher am bedeutendsten waren.⁵⁴

Kandidat der Partei war er für Marburg geworden. In dieser protestantischen Universitätsstadt dominierten die Nationalliberalen, im Umland die Antisemiten. Die Marburger SPD war demgegenüber hoffnungslos unterlegen, verfügte aber bis zu seinem Weggang im Frühjahr 1907 mit dem Soziologen Robert Michels über eine beredte Persönlichkeit.⁵⁵ Bei den Reichstagswahlen im Januar 1907, weniger bei den Landtagswahlen im Juni 1908, führte Dißmann einen aktiven Wahlkampf auch in den Dörfern um die Stadt.⁵⁶ Doch wie die Ergebnisse zeigten, handelte es sich um eine reine Zählkandidatur.⁵⁷

Dißmann war also 1908, drei Jahre nach seiner Ankunft in Frankfurt, zu einem wichtigen Wortführer in der Frankfurter Arbeiterbewegung geworden und trat nun auch verstärkt überregional auf. Obwohl zuallererst hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, entschied er sich überraschend im Herbst des Jahres, nach Hanau zu wechseln, um dort zum 1. Oktober⁵⁸ die neugeschaffene Position des Parteisekretärs zu übernehmen.

Über die Gründe seines Wechsels kann man mangels Quellen nur spekulieren. Sah er sich mit seinen Positionen im DMV zu sehr isoliert? Empfund er doch die Partei als die wichtigere Institution der Arbeiterbewegung? Auf jeden Fall dürfte er sich mit der

54 Z. B. im Januar 1906 und dann wieder Anfang 1908. Vgl. Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Frankfurt a. M.: Tätigkeitsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1906 bis 30. Juni 1907, Frankfurt 1907, S. 34 f.; Tätigkeitsbericht 1907/1908, S. 29 f.

55 Allgemein zur Marburger SPD in jenen Jahren, aber ohne Darstellungen von Dißmanns Kandidaturen vgl. Sven Weber: Trotz unserer Minderheit hoffen wir zu siegen: Sozialdemokratie in Marburg-Biedenkopf von 1869–1914, Marburg 1994.

56 Dies zeigt die Berichterstattung der *Volksstimme*. Während sich im Januar 1907 mindestens fünf Berichte über Wahlkampfauftritte Dißmanns nachweisen lassen, so findet sich im Mai/Juni 1908 kein einziger. Angesichts der Aussichtslosigkeit gerade bei den Landtagswahlen sah die Zeitung der SPD den dortigen Wahlkampf offensichtlich als ziemlich bedeutungslos an.

57 Bei den Reichstagswahlen waren es, lt. *Volksstimme*, 5. Februar. 1907, 1554 Stimmen (8,4 Prozent). Bei den Landtagswahlen gewann die SPD in dem diesmal im Wesentlichen auf die Stadt beschränkten Wahlkreis bei den insgesamt 3307 Urwählern 98 Stimmen. Vgl. Georg Evert: Die preußischen Landtagswahlen von 1908 und aus früheren Jahren (Ergänzungsheft zur Zeitschrift des Königlich-Preußischen Statistischen Landesamts Bd. 30), Berlin 1909, S. 42, 268 f.

58 *Volksstimme*, 2. Oktober 1908.

Hanauer Wahlkreisorganisation politisch in Übereinstimmung befunden haben.⁵⁹ Sie stand traditionell links, verfügte mit dem Reichstagsabgeordneten Gustav Hoch über einen entschiedenen Anhänger der Parteiführung und repräsentierte in ihrem Kern in der Stadt Hanau eine solide Metallarbeiterbasis (hauptsächlich Edelmetallverarbeitung).⁶⁰ Die mitgliederstarke Wahlkreisorganisation stellte etwa ein Drittel des Parteibezirks Frankfurt und konnte damit durch Zusammengehen mit anderen radikal eingestellten Kreisen ein Gegengewicht darstellen, wenn nicht sogar die Frankfurter überstimmen.

Dißmann gelang es, der Organisation einen großen Schwung zu verleihen. Die Mitgliederzahlen stiegen kräftig an. Allein von seiner Amtsübernahme am 1. Oktober 1908 bis zum Abschluss des Geschäftsjahres am 30. Juni 1909 verzeichnete der Kreis 2363 neue Mitglieder.⁶¹ Am 30. Juni 1912, ein halbes Jahr vor Dißmanns Ausscheiden in Hanau, lag die Mitgliederzahl bei etwa 9000 und hatte damit fast mit Frankfurt gleichgezogen.⁶²

Das war nicht nur Ergebnis der alltäglichen Kleinarbeit der Partei vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Kämpfe. Dazu gehörte auch die "Hausagitation" der Partei an den Sonntagen, zu denen immer wieder die von Dißmann unterzeichneten Aufrufe in der *Volksstimme* veröffentlicht wurden.

Insbesondere aber war es eine Reihe von Kampagnen zu aktuellen politischen Fragen, allen voran die Neuaufgabe der preußischen Wahlrechtskampagne Anfang 1910.⁶³ Im Rhein-Main-Gebiet ergab sich zwar in Frankfurt ihr Höhepunkt. Aber auch in der Stadt Hanau kam es zu zahlreichen Aktionen, die, bezogen auf die Größe der Stadt, vielleicht sogar beeindruckender waren. Nach einer Reihe von Kundgebungen im Februar stellte der April den Höhepunkt dar. Am 18. April sprach die "Genossin Frau Dr. Rosa Luxemburg-Berlin über ‚Die Lehren des Wahlrechtskampfes‘" vor zweitausend Zuhörern, einen Tag nach einem ähnlichen Auftritt in Frankfurt. Der 1. Mai stand ebenfalls ganz

59 Eine monographische Studie der Hanauer Arbeiterbewegung fehlt bisher. Einen instruktiven Überblick, vor allem in den ausführlichen Einleitungen, gibt die Dokumentation von Judith Pákh: *Das rote Hanau: Arbeit und Kapital 1830–1949: Darstellung und Dokumente*, Hanau 2007.

60 Vgl. die Hinweise bei Judith Pákh: *Das rote Hanau: Arbeit und Kapital 1830–1949: Darstellung und Dokumente*, S. 277–286, 313–315. Dißmann hatte schon seit längerem Kontakt zum Hanauer DMV gehabt (*Volksstimme*, 22. Februar 1906).

61 Sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Orb: Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1908/09 (Vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909), Hanau 1909, S. 3.

62 Bericht des Bezirksvorstandes für das Geschäftsjahr 1912/13 (1. Juli 1912 bis 31. März 1913) und Protokoll der XI. Konferenz des Agitationsbezirks am 5. Oktober 1913 im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M., Frankfurt 1913, S. 13.

63 Ein Überblick z. B. bei Dieter Groh: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus: Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt a. M. u. a. 1973, S. 128–160.

im Zeichen dieser Kampagne. Da es diesmal ein Sonntag war, nahm er in Hanau einen „grandiosen Verlauf“, wie die *Volksstimme* schrieb, mit Veranstaltung und Festumzug.⁶⁴

In dieser dynamischen Parteiorganisation stellte Dißmann zweifellos eine der tragenden Säulen dar, was ihn nun auch zu erneuten Wahlkandidaturen führte. Er wurde jetzt Kandidat für die Stadt Hanau, zunächst bei Ersatzwahlen für den Preußischen Landtag nach dem Tod des nationalliberalen Abgeordneten am 17. Oktober 1911 (auf der Grundlage der 1908 gewählten 75 Wahlmänner = 24,9 Prozent). Bei der regulären Wahl im Jahre 1913 gab es einen leichten Zuwachs: 93 Wahlmänner (= 27,7 Prozent).⁶⁵ Zur Reichstagswahl im Jahr 1912 trat er allerdings nicht an, da es hier mit Gustav Hoch bereits einen populären Abgeordneten gab, er wurde allerdings 1912 Stadtverordneter in Hanau.⁶⁶

Folgerichtig war es, dass er in seiner Hanauer Zeit jedes Mal zum Parteitag delegiert wurde (Leipzig 1909; Magdeburg 1910; Jena 1911; Chemnitz 1912). Insbesondere auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 erwies er sich als streitbarer Vertreter der Linken. Er unterstützte nicht nur deren Zusatzantrag gegen die Budgetzustimmung im Badischen Landtag sowie in der Massenstreikfrage den Antrag von Rosa Luxemburg zur Wiederaufnahme der Debatte über dieselbige, sondern trug auch in ihrem Namen einige Erwidierungen an Delegierte des rechten Flügels vor.⁶⁷ Dies zeigt an, wie eng die politischen Kontakte nach ihrem Auftritt im April geworden waren. Im folgenden Jahr griff er dann die Kritik der Radikalen am Verhalten des Parteivorstandes in der Marokko-Krise auf. Er habe eine „Gewehr bei Fuß“-Haltung verfolgt. Das sah er auch bei der Kampagne gegen die Reichsversicherungsordnung.⁶⁸ Entsprechend nahm er auch an den Sonderbesprechungen der linken Delegierten teil, die, von Wilhelm Dittmann organisiert, auf dem Parteitag im Jahre 1910 (zum einzigen Mal) wie auch schon zwei Wochen zuvor auf dem Kopenhagener Kongress der Zweiten Internationale stattgefunden hatten, auf dem er einer der beiden Delegierten des Frankfurter Parteibezirks war.⁶⁹ So nimmt es nicht

64 Sozialdemokratischer Wahlverein für den Wahlkreis Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Orb: Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1909/10. Vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910, Frankfurt 1910, S. 17–19; *Volksstimme*, 2. Mai 1910.

65 Thomas Kühne: Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867–1918, Düsseldorf 1994, S. 670 f.

66 Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933: Biographien – Chronik – Wahldokumentation: Ein Handbuch, S. 412.

67 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten in Magdeburg vom 18. bis 24. September 1910, Berlin 1910, S. 181 f., 375, 384, 426–450.

68 *Ibid.*, S. 233.

69 Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, Bd. 1, S. 160; Bd. 3, S. 158.

wunder, dass sein Name im Jahre 1911 im Zusammenhang mit Neubesetzungen im Parteivorstand fiel, ohne dass es aber zu einer Kandidatur kam.⁷⁰

Dißmann profilierte sich damit als einer der führenden Vertreter des linken Zentrums, wie es sich ab 1910 in der Partei herauskristallisierte.⁷¹ Einerseits trat es für Massenaktionen ein und seine Vertreter hatten deshalb keine Scheu in der Zusammenarbeit mit den Radikalen, andererseits suchte es nicht die Konfrontation mit der Parteiführung, dem marxistischen Zentrum, mit dem sich die Radikalen, angeführt von Rosa Luxemburg, im Jahre 1910 überworfen hatten. Dißmanns Stellung in der Partei blieb aber zunächst die eines regionalen Parteiführers. Für die Reichsebene fehlte ihm die Position als Abgeordneter und er galt auch nicht durch etwaige Schriften oder Artikel als anerkannter Wortführer. Seine engsten politischen Kontakte blieben weiterhin die zu Dittmann, der so etwas wie eine Koordinationsfunktion für das linke Zentrum ausübte.

Nur wenige Monate nach dem Chemnitzer Parteitag, zum 15. Dezember 1912, kehrte er von seiner bisherigen Wirkungsstätte in Hanau nach Frankfurt zurück, diesmal auf den Posten des Bezirkssekretärs. Wie wichtig er inzwischen für die Parteilinken im Reich geworden war, zeigte sich etwa daran, dass er mithalf, Rosa Luxemburg, die im Jahr zuvor kein Mandat hatte erhalten können, für den Jenaer Parteitag (14. bis 20. September 1913) eines aus Hanau zu beschaffen. So bat sie dann Clara Zetkin, am Vorabend des Parteitags eine Vorbesprechung mit ihm und Hoch zu organisieren.⁷²

Hier versuchte er dann auch als Vertreter des linken Flügels für den freigewordenen Posten eines Vorstandssekretärs zu kandidieren, scheiterte aber. Er ergriff nur zur Frage der stagnierenden Mitgliederzahlen das Wort, auch wenn er natürlich für die beiden Anträge der Linken – in der Steuerfrage und dem Massenstreik – stimmte.⁷³

Im Gefolge seiner Wahl zum Bezirkssekretär Ende 1912 war er auch in den neu geschaffenen Parteiausschuss aufgerückt, der den Parteivorstand beraten sollte.⁷⁴ Zwar war das auf seinen Sitzungen insgesamt behandelte Themenspektrum begrenzt, da keine Grundsatzfragen diskutiert werden sollten. Doch durch seine verschiedensten Beiträge

70 Das geht aus einem Brief von Hugo Haase an Dittmann hervor (Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, Bd. 1, S. 185).

71 Zu den Strömungen in der Partei ab 1910 siehe Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus: Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, S. 197–210.

72 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Berlin 2001, Bd. 4, 3. Aufl., S. 299.

73 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913, S. 252–254, 337 f., 515, 549.

74 Vgl. den Nachdruck der seinerzeit nur intern veröffentlichten Sitzungsberichte: Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, 2 Bde., Bonn 1980.

auf fast allen Sitzungen profilierte sich Dißmann nun stärker als ein reichsweiter Wortführer der Linken – ein Ausgangspunkt für die Zeit nach dem August 1914.

Besonders stark dürften ihn allerdings die Konflikte in der Frankfurter Parteiorganisation mit ihren Auswirkungen auf den Bezirk in Anspruch genommen haben. Die an Frankfurt angrenzenden Wahlkreisorganisationen, Ausdruck ihrer gewachsenen Stärke, kritisierten immer schärfer die von Quarck verfolgte Ausrichtung der *Volksstimme*. Hatte es 1908/1909 so geschienen, als wäre ein Kompromiss erreicht worden, unter anderem mit der Einstellung einiger neuer Redakteure, so eskalierte der Konflikt wieder im Jahre 1913. Das äußerte sich auf einer Reihe von Mitgliederversammlungen vor allem in Frankfurt und auf der Bezirkskonferenz der SPD im Oktober desselben Jahres.⁷⁵

Dißmann versuchte die Situation auszunutzen, um Rosa Luxemburg und anderen Vertretern der Radikalen nach weitgehendem Verlust ihrer Positionen in der Parteipresse neue Veröffentlichungsmöglichkeiten zu verschaffen, was aber offensichtlich ohne Erfolg blieb. Insbesondere zu Luxemburg nahmen in dieser Zeit die Kontakte zu. Nach dem Jenaer Parteitag hatte sie eine Rede in Frankfurt gehalten, die ihr einen Prozess wegen Soldaten-Aufwiegelung einbrachte. Dieser fand am 20. Februar 1914 in Frankfurt statt, wo sie unter anderem von dem jungen, erst seit kurzem in der SPD aktiven Rechtsanwalt Paul Levi verteidigt wurde. So hatte sie in diesen Monaten nach Frankfurt vergleichsweise enge Beziehungen – persönliche zu Levi, politische zu Dißmann.⁷⁶ Gleichzeitig eskalierten die Auseinandersetzungen im Parteibeirk, als Anfang Juni die Mitgliederversammlungen zuerst in Höchst und dann in Hanau massive Kritik äußerten, was zu einer scharfen Reaktion Quarcks führte.⁷⁷

75 *Volksstimme*, 9. Juli 1913 Bericht des Bezirksvorstandes für das Geschäftsjahr 1912/13 (1. Juli 1912 bis 31. März 1913) und Protokoll der XI. Konferenz des Agitationsbezirks am 5. Oktober 1913 im Gewerkschaftshause zu Frankfurt a. M., S. 49.

76 Vgl. dazu ausführlich Sibylle Quack: *Geistig frei und niemandes Knecht: Paul Levi – Rosa Luxemburg, Politische Arbeit und persönliche Beziehung*, Köln 1983. Dort sind auch fünfzig Briefe von Luxemburg an Levi abgedruckt, in denen Dißmann des Öfteren erwähnt wird.

77 Zwar ist die *Volksstimme* aus diesem Zeitraum nicht mehr erhalten, Kurzberichte im Vorwärts (13. Juni und 18. Juni 1914) sowie in der Kleinen Presse, dem Lokalblatt der Frankfurter Zeitung, 11. Juni 1914.

Gegen den Burgfrieden: Organisator der Parteiopposition in Frankfurt Dißmann und die Formierung der Opposition

Nachdem er noch unmittelbar vor Kriegsausbruch auf einer großen Kundgebung gesprochen hatte, wissen wir nicht, wie er die folgenden Tage, vor allem den vierten August, durchlebte.⁷⁸ Auf jeden Fall ist deutlich, dass er in seiner Ablehnung des Krieges, wie immer auch die einzuschlagende Taktik im Kampf dagegen sein müsse, nicht schwanken sollte. Die Sammlung der Opposition kam aber nur langsam in Gang. Mitte September nahm Dißmann an einer Besprechung im Büro Paul Levis unter anderem mit Liebknecht und Luxemburg teil.⁷⁹ Ein Ergebnis davon war die Vorbereitung einer Zeitschrift, von der im Jahr darauf unter dem Titel *Die Internationale* eine Nummer erscheinen konnte. Dies wurde dann der Name einer bestimmten Gruppe auf dem radikalen Parteiflügel (ab 1916 Spartakusgruppe), woraus Ende 1918 wesentlich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) entstand.

Dißmann selbst ging schon bald auf Distanz. Das geht aus seinen zahlreichen Briefen an Dittmann hervor und wurde auch in den Briefen von Luxemburg an Levi angesprochen.⁸⁰ Ganz offensichtlich war dieser Umstand seiner Orientierung auf die Minderheit in der Reichstagsfraktion um Haase und Dittmann geschuldet – das linke Zentrum ab 1910 –, die sich im August zunächst der Fraktionsdisziplin unterworfen und ihre Zustimmung gegeben hatte. Er drängte sie, konsequent zu sein und endlich im Reichstag Opposition zu zeigen. Als sie sich dann tatsächlich im Verlaufe des Jahres 1915 im Reichstagsplenum gegen die Fraktionsmehrheit stellte und schließlich im März 1916 zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft konstituierte, sollte dies seine völlige Unterstützung finden.

78 *Volksstimme*, 29. Juli 1914.

79 Nachlass Arthur Crispian: Erinnerungen, 1/ACAA000006, Friedrich-Ebert-Stiftung.

80 Das wurde dann auch Gegenstand von Polemiken im Sommer 1919 zwischen der *Volksstimme* und den zwei neu erscheinenden Blättern der KPD (*Freiheit* aus Hanau) und der USPD, dem *Volksrecht*. Er habe die Zustimmung am 4. August verteidigt, hieß der Vorwurf, den er heftig zurückwies.

Kampf um die Kontrolle der Frankfurter Partei und der Volksstimme

Die unmittelbare Auswirkung des Krieges für die Frankfurter Partei wurde zunächst einmal am Rückgang der Mitgliederzahlen durch die Einberufungen deutlich (1914: 11.333, 1915: 5.750, 1916: 3.504 – jeweils am 31. März).⁸¹ Das erforderte Ergänzungswahlen zum Vorstand, die zugunsten der Burgfriedensbefürworter ausgingen.⁸² Bei der regulären Neuwahl im Juni 1915 wurde die Opposition mit etwa 60 Prozent gegen 40 Prozent niedergestimmt. Praktischerweise verlängerte man im Jahr darauf dessen Mandat bis Kriegsende.⁸³ Die Frankfurter Partei blieb somit während der gesamten Kriegsjahre unter ausschließlicher Kontrolle der Kriegsbefürworter.

In der Redaktion der *Volksstimme* gelang es Quarck endlich, unangefochten tonangebend zu werden. Das trieb den Konflikt mit den Wahlkreisvereinen außerhalb Frankfurts zu einer neuen Qualität.⁸⁴ Ein neuer Redakteur sollte dem linken Flügel eine Stimme verleihen. Doch Quarck mobilisierte die Frankfurter Partei, die fest auf ihren Besitzanspruch an der *Volksstimme* pochte. Das monatelange Hin und Her führte zur Verschärfung der Konfrontation zwischen dem Frankfurter Parteivorstand und dem Bezirkskomitee. Schließlich rief im Sommer 1916 das Bezirkskomitee zum Boykott der *Volksstimme* auf und suchte nach einer Alternative. Entsprechend wurde im Januar 1917 der Kampf um die *Volksstimme* zu einem der Anklagepunkte gegen Dißmann auf dem Parteiausschuss erhoben.

Diese Zuspitzung der Konfrontation mit ihm drückte allerdings auch aus, wie sehr er der Motor für die Organisation der Anti-Kriegs-Opposition im Rhein-Main-Gebiet war. Wie das konkret aussah, hat Toni Sender, die ihn dabei kennenlernte und für eine Reihe von Jahren seine Lebens- wie engste politische Weggefährtin wurde, in ihren Memoiren beschrieben.⁸⁵ Auch wenn die führenden Positionen, die beide nach 1919

81 Sozialdemokratischer Verein Groß-Frankfurt, Geschäftsbericht über das Jahr 1918/19, Frankfurt 1919, S. 5.

82 *Volksstimme*, 5. November 1914.

83 *Volksstimme*, 19. u. 23. Juni 1915, 8. Juni. 1916.

84 Kurt Koszyk: *Zwischen Kaiserreich und Diktatur: Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933*, Heidelberg 1958, S. 55–57, präziser bei Kai Gniffke: *Genosse Dr. Quarck: Max Quarck – Publizist, Politiker und Patriot im Kaiserreich*, S. 262–266. Hauptquelle ist überall eine von der Frankfurter Parteiführung verfasste und entsprechend parteiliche Darstellung: *Der Streit um die Volksstimme: Eine Denkschrift*, herausgegeben vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt am Main, Beilage zur *Volksstimme*, 28. April 1916. Auch Dißmann ging in seiner Korrespondenz mit Dittmann immer wieder darauf ein.

85 Vgl. Toni Sender: *Autobiographie einer deutschen Rebellin*, Frankfurt 1981. Vgl. auch Anette Hild-Berg: *Toni Sender (1888–1964): Ein Leben im Namen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit*, Köln 1994. Geboren 1888, hatte sie sich von ihrer Familie durch den Aufbau einer eigenen beruflichen Existenz als kaufmännische Angestellte emanzipiert und trat

einnahmen, nicht völlig gleichbedeutend waren, ergänzten sie sich doch in enger Zusammenarbeit. Sie stellten durch die Verbindung von Lebensgemeinschaft und politischem Miteinander eine bemerkenswerte Beziehung in der deutschen Arbeiterbewegung dar.

Vor allem musste die Opposition einen Weg finden, wie sie sich sammeln konnte, wenn ihr die Parteistrukturen versperrt wurden. Als legales Dach wurde eine Ortsgruppe des Zentralverbandes proletarischer Freidenker gegründet: Dieser war 1908 als Abspaltung von den bürgerlich-liberalen Freidenkern entstanden und verfügte in Frankfurt über keine Ortsgruppe.⁸⁶ Wie Dißmann zu dieser Idee kam, ist nicht bekannt. Überliefert ist nur durch Toni Sender, dass er ihr diese Absicht mitteilte. Der Vorstand der Freidenker lehnte den Krieg ab und habe nichts dagegen, „daß wir das schützende Dach dieser Organisation für unsere Antikriegsaktivitäten benutzen“.⁸⁷ Laut einer Abrechnung der Mitgliedsbeiträge im Verbandsorgan gründete sich die Ortsgruppe im ersten Quartal 1915 mit achtundvierzig männlichen und elf weiblichen Mitgliedern.⁸⁸

Dies erwies sich als eine erfolgreiche Initiative. Ein legaler Rahmen für Versammlungen existierte nun. Man kündigte unverfängliche Bildungsveranstaltungen an, die ein Zusammentreffen erlaubten.⁸⁹ Ein weiteres beliebtes Mittel waren gemeinsame Wanderungen oder Spaziergänge. Ganz unverfänglich wurden entsprechende Termine zunächst in der *Volksstimme* bekanntgegeben.⁹⁰

Trotz ihrer legalen Existenz mussten die Freidenker mit ständigen Behinderungen wie zum Beispiel einer plötzlichen Aufkündigung zuvor zugesagter Räume rechnen.⁹¹ Wenn einmal die Polizei vorbeischaute, versuchte man, ganz unverfänglich zu reden. Das war für die Beteiligten nicht ungefährlich. Viele der Männer, die sich an der Arbeit

der Büroangestelltengewerkschaft wie der SPD bei. 1910 ging sie nach Paris, wo sie den französischen Sozialisten beitrug. Durch den Kriegsausbruch wurde sie, die in einer ersten Reaktion aus der SPD hatte austreten wollen, zur Rückkehr nach Frankfurt gezwungen, erfuhr von Dißmanns Sammlung der Anti-Kriegs-Opposition und schloss sich ihr an.

86 Vgl. Jochen-Christoph Kaiser: Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik: Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981.

87 Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, S. 79.

88 Der Atheist Nr. 41, 29. November 1914; Nr. 16, 8. August 1915. Der enge Zusammenhang mit der Opposition wird auch dadurch deutlich, dass mit der Gründung der USPD im Jahre 1917 die Freidenker-Ortsgruppe verschwindet. Die Abrechnungen ab dem letzten Quartal 1916 führten schon keine Zahlungen mehr auf und im Ortsgruppenverzeichnis für das Jahr 1918 (Nr. 8, 14. April 1918) findet sich Frankfurt nicht mehr.

89 Auf der Parteiausschuss-Sitzung vom 27. März 1916 verlas Ebert in einer Anklage der Opposition wegen „Sonderbündelei“ z. B. einen Informantenbericht über eine solche Veranstaltung mit Otto Rühle über Philosophie und Karl Marx. Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, Bd. 1, S. 266 f.

90 Z. B. Volksstimme, 20. März 1915.

91 Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, S. 76.

beteiligten, wurden denunziert und trotz ihrer bisherigen Freistellung wegen kriegswichtiger Tätigkeit einberufen oder gar – wie der Vorsitzende der Frankfurter Freidenker – verhaftet.⁹² Im März 1916 fasste die Frankfurter Parteiführung, die schon bald die Hintergründe verstanden hatte, den Beschluss: „Wer die Veranstaltungen der proletarischen Freidenker unterstützt, dem werden die Ehrenämter der Partei genommen.“⁹³

Eine der ersten größeren Aktionen, die von der Frankfurter Opposition ausging, war die Unterstützung der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz vom 26. bis 28. März 1915 in Bern, organisiert von der internationalen Frauensekretärin Clara Zetkin.⁹⁴ Die SPD-Führung hatte die Teilnahme umgehend abgelehnt. Aus Deutschland kamen so nur Vertreterinnen der Anti-Kriegs-Opposition, darunter Toni Sender. Auf dem Weg nach Bern traf sie zusammen mit Robert Dißmann Clara Zetkin in ihrem Wohnort Stuttgart. Dabei deuteten sich wieder die grundlegenden Differenzen an, die zunächst scheinbar nur das persönliche Verhalten in der Opposition betrafen, doch letztlich zu grundlegenden Unterschieden in der politischen Strategie führen mussten:

Clara geriet immer wieder in Erregung, wenn die Rede auf Personen kam, die sie für Verräter hielt. Dazu zählten nicht nur diejenigen, die für die Kriegskredite gestimmt hatten, sondern auch Kriegsgegner, die ihr nicht unerbittlich genug erschienen. Zum Glück gelang es Robert in seiner sanften Art schließlich, sie zu beruhigen, und wir trennten uns in gutem Einvernehmen von ihr.⁹⁵

Sie schmuggelte das Konferenzmanifest durch die deutsche Grenzkontrolle.⁹⁶ Das wichtigste war nun, die Information über die Konferenz zu verbreiten. Dißmann hatte eine Druckerei besorgt und mit Hilfe der Frauen wurde die illegale Verteilung in Frankfurt organisiert.⁹⁷

Doch am intensivsten war die Oppositionstätigkeit zunächst innerhalb der Partei. Am 16. April 1915 referierte Quarck auf einer Frankfurter Mitgliederversammlung aus-

92 Ibid., S. 76, 84.

93 Zit. in: Aus den Wahlkreisorganisationen, in: Unsere Blätter, 20. Mai 1916, S. 14–16, hier S. 14. Dieser Artikel in einer illegalen Publikation der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gab einen ausführlichen Bericht über die Auseinandersetzungen in der Frankfurter SPD.

94 Diese erste internationale sozialistische Anti-Kriegskonferenz – noch vor den berühmten Zusammentreffen von Zimmerwald (September 1915) und Kienthal (April 1916) – ist bisher in der Historiographie doch recht kläglich behandelt worden, eine monografische Darstellung fehlt bisher. Es gibt einige Berichte von Teilnehmerinnen, wie eben z. B. von Toni Sender: *Autobiographie einer deutschen Rebellin*, S. 77–79.

95 Ibid., S. 77.

96 Ibid., S. 79.

97 Ibid., S. 79 f.

fürlich über die Reichstagsitzung, auf der sich zum ersten Mal die bisherige Fraktionsminderheit durch demonstrativen Auszug aus der Sitzung von der Zustimmung distanziert hatte. Dißmann nutzte geschickt die durch Zwischenrufe gekennzeichnete Situation und schlug die Einladung eines Koreferenten vor.⁹⁸ Am 28. April konnte so Hugo Haase in einer Frankfurter Mitgliederversammlung unter großem Andrang das Wort ergreifen.⁹⁹ Nach einer heftigen Diskussion versuchte die Opposition eine Friedensresolution einzubringen, deren Abstimmung aber "wegen fortgeschrittener Zeit" trotz lauten Protestes verhindert wurde. Die Abstimmung wurde zwei Wochen später nachgeholt und führte zur einstimmigen Annahme, wenn auch "zur Entschärfung" mit zwei Zusatzanträgen.¹⁰⁰ Doch nur kurz darauf, auf der Jahreshauptversammlung, gelang es dem Vorstand, eine Resolution durchzusetzen, in welcher der Fraktionsmehrheit die politische Unterstützung zugesagt wurde.¹⁰¹

Dieser Kleinkampf setzte sich in den folgenden Monaten fort – sofern überhaupt noch Mitgliederversammlungen durchgeführt wurden –, ansonsten in den Distrikten. Doch die weitere Entwicklung sollte Dißmann zunächst nur noch aus der Ferne mitbekommen. Am 24. August 1915 wurde er zum Militär eingezogen.¹⁰² Dies war für seine Frankfurter Mitkämpfer natürlich ein Drama, wie Toni Sender schildert: "Er war die Seele der Bewegung, ihr aktiver Geist im ganzen Südwesten Deutschlands."¹⁰³ Nicht nur war er in organisatorischen Dingen überaus erfahren und hatte immer wieder die Ideen zur besten Durchführung der Oppositionsarbeit gehabt. Vor allem verfügte er auch über den engsten Kontakt nach Berlin. Er gab sich jedoch zuversichtlich, dass sein – offensichtlich nicht allzu guter – Gesundheitszustand ihm bald wieder die Rückkehr ermöglichen würde. Es gelang ihm schließlich, den Militärärzten den Eindruck eines Schwerkranken zu vermitteln, auch wenn diese zunächst misstrauisch waren und ihn von einem Militärkrankenhaus ins nächste, zum Schluss sogar in eine psychiatrische Anstalt, schickten.¹⁰⁴

Während seines Wegs durch die Militärkrankenhäuser war Toni Sender sein beständiger Kontakt zu seinen politischen Freunden mit fast wöchentlich Besuchen.¹⁰⁵ Erst im Juli 1916 wurde er endlich entlassen.

98 Kleine Presse, 19. April 1915; Volksstimme, 17. April 1915.

99 Kleine Presse, 30. April 1915; Volksstimme, 29. April 1915.

100 Volksstimme, 12. Mai 1915.

101 Die Berichterstattung über die Jahresversammlung in Volksstimme, 19. und 23. Juni 1915.

102 Siehe die Notiz unter "Parteiangelegenheiten" in VST, 28. August 1915.

103 Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, S. 81.

104 Ibid., S. 81 f.

105 Ibid.

Der Spaltung entgegen: Dißmann in der Opposition Mitte 1916 – Frühjahr 1917

Umgehend nahm er seine Tätigkeit im Bezirkssekretariat wieder auf. Im Parteiausschuss war er wieder einer der Sprecher der Minderheit.¹⁰⁶ Als dessen Mitglied nahm er auch an der Reichskonferenz der SPD teil (21 bis 23. September 1916, Berlin). Er meldete sich nur mit einem kurzen Beitrag zu Wort, in dem er mithilfe der Mitgliederstatistiken nachwies, wie die oppositionell eingestellten Wahlkreisvereine durch den Delegierten-schlüssel und andere Maßnahmen systematisch benachteiligt worden waren.¹⁰⁷

Obwohl er in der Frankfurter Partei wie die gesamte Minderheit faktisch eingemauert war, gelang ihm aber der *Coup*, im November 1916 – gegen den Widerstand der Parteimehrheit – in den Stadtrat gewählt zu werden. Er wurde in einem Wahlbezirk aufgestellt, der erst seit 1910 zur Stadt Frankfurt gehörte, aber im kriegsgegnerisch eingestellten Reichstagswahlkreis Höchst lag. Somit benötigte die örtliche SPD für ihren Kandidaten keine Bestätigung durch die Frankfurter Partei. Deren Vorstand unternahm alles zur Verhinderung seiner Wahl. „Das Ergebnis ist für die Minderheit erfreulich, für die Frankfurter Mehrheits- und Gewaltpolitiker jedoch eine deutliche Lektion“, hieß es im Braunschweiger Parteiblatt.¹⁰⁸

In dieser Zeit war aber auch die Konfrontation mit den Anhängern der Gruppe Internationale manifest geworden. Nicht mehr nur von *einer* Opposition war die Rede, sondern von *zwei* sich feindlich gegenüberstehenden Gruppen. So etwa in einem Zeitungsbericht über eine Bezirkskonferenz im Juni 1916.¹⁰⁹ Anfang 1917 attackierte ihn ein Artikel in der Duisburger Zeitung *Der Kampf*, einem der wenigen radikalen Blätter.

Er der zu Anfang des Krieges nicht genug warnen konnte, den wachsweißen Sumpfpolitikern auf die Finger zu sehen und sie als die gefährlichsten Feinde des Proletariats zu kennzeichnen, war der erste, der nach der ersten parlamentarischen ‚Tat‘ der Reichstagsopposition eine Hetze gegen die Anhänger Liebknechts in Frankfurt a. M. inszenierte. Derselbe Genosse machte nicht Halt vor seinem besten persönlichen Freund, wohl auch viel aus dem Grund mit, sein Stern könnte etwas verdunkelt werden. [...] Die Scheidung wurde vollzogen und die ‚Opposition‘ schaffte sich somit freie Bahn [...]¹¹⁰

106 Protokolle Parteiausschuss, Bd. I, S. 287–429.

107 Protokoll der Reichskonferenz der Sozialdemokratie Deutschlands vom 21., 22. und 23. September 1916, o. O. o. J., S. 34 f.

108 Der Volksfreund, 2. Dezember 1916.

109 Frankfurter General-Anzeiger, 26. Juni 1916.

110 Der Kampf, 20. Januar 1917. In der in der Schweiz herausgegebenen Zeitschrift der Zimmerwalder Linken hieß es, dass das „Zentrum der Partei [...] zuerst in Berlin, dann in

Als positives Gegenbeispiel wurde die Entwicklung im altradikalen Wahlkreis Hanau gegenübergestellt.¹¹¹ Natürlich stellt sich die Frage, wer der hier namentlich nicht genannte "beste Freund" gewesen war. Vielleicht Paul Levi?

Dennoch kam es am 7. Januar 1917 zu einer gemeinsamen Oppositionskonferenz auf Reichsebene. Dort wurde die Frage diskutiert, ob und wie man gemeinsam innerhalb der Partei kämpfen könne. Eine Namensliste der 157 Anwesenden existiert nicht im Protokoll, so dass man eine Teilnahme von Dißmann nur vermuten kann. Auf die Frankfurter Vorgänge, das heißt den Kampf um die *Volksstimme*, wurde von einigen Rednern bei der Aufzählung der Vorwürfe an den Parteivorstand hingewiesen.¹¹²

Damit meinte der Parteivorstand, endlich den Vorwand für den Ausschluss der Opposition zu haben. Die Konferenz wurde nach heftiger Diskussion zum Sonderpartei-tag erklärt, womit sich die Opposition außerhalb der Partei gestellt habe.¹¹³ Dies stand zwar nicht im Einklang mit den Statuten, war aber jetzt durch die politischen Verhältnisse möglich.

Bereits am 6. Februar trat eine Frankfurter Mitgliederversammlung zusammen. Der Zeitungsbericht spricht nur von einer "lebhaften Aussprache" und zählt die Redner für die Mehrheit wie für die Minderheit – darunter Dißmann – auf. Erwartungsgemäß wurde der Beschluss des Parteiausschusses unterstützt.¹¹⁴ Die Ausschlüsse müssen dann in den folgenden Tagen erfolgt sein, ohne dass ihnen Publizität gewährt wurde. Toni Sender schreibt nur, dass sie vom Parteivorstand "informiert wurden, daß sie sich als außerhalb der Partei stehend zu betrachten hätten".¹¹⁵

Im Verlaufe des März kam es dagegen in den beiden angrenzenden Kreisen Höchst und Hanau nach heftigen Auseinandersetzungen zur Solidarisierung mit der Opposition.¹¹⁶ Es scheiterte auch der Versuch, Dißmann als Bezirkssekretär abzusetzen. Mit Datum vom 19. März hatte ihm der Kassierer im Parteivorstand, Otto Braun, "mit Parteigruß" die Kündigung geschickt. Die Einrichtungen des Sekretariats sollten dem Frankfurter Parteisekretär übergeben werden. Am Morgen des 20. erschienen dieser und

Frankfurt a. M. die Anhänger der Internationalengruppe aus den oppositionellen Geheimorganisationen" geworfen habe. P. Bremer: Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, in: Vorbote: Internationale Marxistische Rundschau 2 (1916), S. 51–56.

111 Vgl. *ibid.*

112 Bericht über die Gemeinsame Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Spartakusgruppe vom 7. Januar 1917 in Berlin, in: Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitags der U. S. P. D. vom 6. bis 8. April in Gotha, Berlin 1921, S. 84–120, hier S. 97, 117.

113 Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD 1912 bis 1921, Bd. I, S. 429.

114 Die *Volksstimme* vom 7. Februar ist nicht mehr erhalten. Ein Bericht erschien in der Frankfurter Zeitung vom 7. Februar 1917 (Abendausgabe) und etwas ausführlicher in der Kleinen Presse vom selben Tag.

115 Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, S. 87.

116 *Volksstimme*, 12. März und 19. März 1917.

Braun höchstpersönlich im Bezirksbüro, mussten sich aber belehren lassen, dass Dißmann Angestellter des Bezirksverbandes war und dieser nach Statut der SPD eine selbstständige Körperschaft darstellte. Nach einigem Hin und Her mussten sie angesichts der Rechtslage unverrichteter Dinge abziehen.¹¹⁷

Damit hatten die Gegner der Burgfriedenspolitik in der Frankfurter Partei einen weiten Weg zurückgelegt. Dißmann war ihr Kopf und die zentrale Figur bei ihrer Zusammenfassung. Seine anfängliche Erwartung, die Mehrheitsverhältnisse in der Frankfurter Partei würden unvermeidlich umkippen, hatten sich nicht erfüllt. In Frankfurt blieben die Kriegsgegner eine Minderheit, konnten sich aber auf die mehrheitlich radikalen Kreisvereine außerhalb der Stadt stützen.

Dißmann in der Novemberrevolution

Dißmann und die USPD 1917/18

Vom 6. bis zum 8. April tagte in Gotha der Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Dißmann sprach sich entschieden für die Bildung einer neuen Partei in deutlicher Abgrenzung zur Burgfriedenspolitik der SPD aus. Es gehe darum, "unter dem alten Banner unsere alten Grundsätze in einer neuen Partei zu bestätigen". Dißmann wurde in den Beirat der neuen Partei, der in etwa dem Parteiausschuss der SPD entsprach, mit der zweithöchsten Stimmenzahl gewählt.¹¹⁸ Mitte Mai erklärte dann das erweiterte sozialdemokratische Agitationskomitee für den Bezirk Frankfurt gegen eine Stimme den Anschluss an die USPD, was Ende August eine Bezirkskonferenz bestätigte.¹¹⁹

Während also die neue Partei außerhalb Frankfurts weitgehend auf der alten Infrastruktur aufbauen konnte, gestaltete sich das innerhalb der Stadt sehr viel schwieriger. Hier musste die USPD ganz von Neuem beginnen – ohne Versammlungslokale, ohne ein örtliches Büro, ohne eine Zeitung. Nach längeren Bemühungen fand sich im Stadtzentrum "ein alter Gasthof".¹²⁰ Wegen der polizeilichen Behinderungen entwickelte man die Taktik, den SPD-Rednern zu folgen und in deren Veranstaltungen gezielt aufzutreten. Toni Sender hat das in ihren Memoiren beschrieben.¹²¹ Allerdings war für die öffentliche

117 Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Nr. 3, 15. April 1917.

118 Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitags U. S. P. D. vom 6. bis 8. April in Gotha, S. 32, 49 f. und 71.

119 Mitteilungs-Blatt Nr. 8, 20. Mai 1917, und Nr. 23, 2. September 1917.

120 Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, S. 98 f.

121 Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, S. S. 90. Im Mitteilungs-Blatt finden sich verschiedene Berichte aus dem Rhein-Main-Gebiet, die diese Vorgehensweise schildern (Nr. 47, 17. Februar 1918, Nr. 9, 2. Juni 1918, Nr. 12, 23. Juni 1918, Nr. 14, 7. Juli 1918).

Wahrnehmung zweifellos die Schaffung einer eigenen Zeitung das Wichtigste. Ende 1917 beschloss eine USPD-Regionalkonferenz die Einrichtung eines zentralen Pressefonds.¹²² Ein halbes Jahr später, auf der ersten Bezirkskonferenz der USPD für Südwestdeutschland am 7. Juli, konnte dann vermeldet werden, man habe bereits 9.000 Mark gesammelt. Solange aber eine eigene Zeitung nicht erschien, vertrieb man USPD-Zeitungen von außerhalb der Rhein-Main-Region.¹²³

Doch angesichts der sich verschlechternden inneren Lage war es mit dem neuen Jahr nicht länger möglich, der USPD Veranstaltungen zu verweigern. Sie zeigten den wachsenden Zuspruch für die einzig wirkliche Oppositionskraft an und damit auch die Radikalisierung der Bevölkerung, was allerdings der USPD auch ein, wie sich zeigen sollte, trügerisches Gefühl des Einflusses gab. Am 9. Februar sprach Georg Ledebour vor „tausenden“ Teilnehmern zu „Friedensfragen und Deutschlands Demokratisierung“¹²⁴ und am 24. Juni der Reichstagsabgeordnete Ewald Vogtherr über „Wahlrecht, Steuervorlagen und Volk“.¹²⁵ Den Höhepunkt stellte Ende Oktober der Auftritt von Hugo Haase dar, der über „Weltfriede und Arbeiterschaft“ vor „mindestens 8000“ Menschen sprach.¹²⁶

Vor diesem Hintergrund hielt die Frankfurter USPD ihre Generalversammlung am 25. Mai 1918 ab. Eine Übersicht über die Finanzen wurde gegeben und eine Bilanz des ersten öffentlichen Auftretens gezogen. Ein vierköpfiger Vorstand, zur Hälfte aus Frauen bestehend, eine davon Toni Sender, wurde neu gewählt.¹²⁷

Sechs Wochen später, am 7. Juli, fand in Frankfurt die Jahreskonferenz des Bezirks Südwestdeutschland der USPD statt, der weit über den alten Agitationsbezirk Frankfurt der SPD hinausging. Für Frankfurt wurden 756 Mitglieder, Hanau dagegen 1.208 und Höchst 773 genannt – immer auf die Reichstagswahlkreise bezogen. Dißmann sprach von „ernsten Zeiten“, einer „Gewitterschwüle vor dem Sturm“. Der Winter werde hart und entbehrungsreich sein, das werde die Massen auf die Beine bringen und die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden werde durch die Völker fallen. Scharf griff er die „Regierungssozialisten“ an, unter anderem wegen ihrer faktischen Billigung des Brest-Litowsker Friedensvertrages. Es bestünde eine innere Militärdiktatur. „Das Volk werde erwachen und sich um das Banner der U. S. P. scharen.“ War die krisenhafte Zuspitzung

122 Leipziger Volkszeitung, 31. Dezember 1917.

123 Mitteilungs-Blatt Nr. 17, 28. Juli 1918.

124 Mitteilungs-Blatt Nr. 47, 17. Februar 1918; Volksstimme, 11. Februar 1918; Kleine Presse, 11. Februar 1918.

125 Mitteilungs-Blatt Nr. 14, 7. Juli 1918; Volksstimme, 25. Juni 1918; Kleine Presse, 26. Juni 1918.

126 Mitteilungs-Blatt Nr. 32, 10. November 1918; Volksstimme, 28. Oktober 1918; Kleine Presse, 28. Oktober 1918.

127 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden [HHSTA] 405/2273, Bl. 413 f.

durchaus erfasst, schätzte Dißmann hier – wie auch die USPD insgesamt – das Tempo der Entwicklung als viel zu langsam ein.¹²⁸

Auf diese Weise festigten sich die Organisationsstrukturen der USPD. Hand in Hand gelang es auch, den Einfluss in den Frankfurter Betrieben durch ein festes Vertrauensleutenetz auszuweiten. In dieser sich zuspitzenden Situation hatte die parlamentarische Tätigkeit als Frankfurter Stadtverordneter für Dißmann keine große Bedeutung. Das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung zeigt nur wenige Interventionen seinerseits im Jahre 1917 und gar keine im Jahr 1918 an.¹²⁹

Neben der politischen Arbeit in Frankfurt und der Region dürften ihn seine Aktivitäten innerhalb der Gesamtpartei stark in Anspruch genommen haben. Dies aber hat kaum Spuren hinterlassen. Wenn die Berliner Polizei im August 1918 notierte, dass Dißmann an den “Sitzungen des Zentralkomitees der USPD [...] als Mitglied des Beirates des Öfteren teilnimmt”,¹³⁰ so ist das damit zu ergänzen, dass über diese Sitzungen und erst recht über seine Interventionen kaum Informationen vorliegen, die uns Aufschluss über seine innerparteiliche Haltung geben könnten.

Ende Oktober 1918 fand in Berlin eine Beratung der USPD-Führung statt, von der Dißmann am 30. Oktober auf einer Sitzung der Frankfurter Vertrauensmänner berichtete. Die Krise der Monarchie war offensichtlich – wenige Wochen zuvor war die Regierung des Prinzen Max von Baden mit Vertretern der Mehrheitsparteien im Reichstag gebildet worden – und der Zusammenbruch der Front kaum noch aufzuhalten. Gegen den Versuch eines “letzten Aufgebots” müsse mobilisiert und Stimmung für die Abdankung des Kaisers gemacht werden. Die sich zuspitzende Krise hatte auch dazu geführt, dass eine Reihe von prominenten Gefangenen freigelassen worden waren, darunter Karl Liebknecht und Wilhelm Dittmann. Mit denen

seien eingehende Verhandlungen gepflogen worden wegen Übernahme der Parteileitung und der Volksbewegung. Liebknecht habe abgelehnt, weil er mit dem Programm der U.S.P.D. nicht einverstanden sei. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Liebknecht eine neue Partei gründe, was in dem jetzigen Zeitpunkt sehr zu bedauern wäre.¹³¹

128 Mitteilungs-Blatt Nr. 17, 28. Juli 1918; Rundbrief des Frankfurter Polizeipräsidenten vom 11. Juli 1918, HHSTA 425/364, Bl. 14.

129 Anfang 1918 konstituierte er zusammen mit Paul Levi und Heinrich Hüttmann eine eigene USPD-Fraktion.

130 Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4, 1914–1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, bearb. von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S. 286.

131 Rundbrief des Frankfurter Polizeipräsidenten v. 3. II., Institut für Stadtgeschichte Frankfurt S6b/75 Nr. 175.

Tatsächlich überschlugen sich jetzt die Ereignisse. Dißmann eilte nach Eintreffen erster Meldungen über die Matrosenrevolte erneut nach Berlin. Dort kristallisierte sich in Beratungen des Parteivorstandes mit dem Beirat der 11. November als Tag zum Losschlagen heraus.¹³² Am Morgen des 8. November traf Dißmann in Frankfurt wieder ein. Toni Sender holte ihn am Hauptbahnhof ab: "Dort wurden wir uns einig, daß der Augenblick zum Handeln gekommen war."¹³³ Doch schon waren in der Nacht vom siebten auf den achten zwei Trupps Kieler Matrosen in Frankfurt eingetroffen. In den Garnisonen der Stadt kam es zu ersten Meutereien. Auch in Frankfurt war die Stunde der Revolution gekommen.

Dißmann in der Novemberrevolution¹³⁴

Inzwischen waren aber auch schon die anderen politischen Kräfte in Frankfurt aktiv. Während die USPD zum Generalstreik aufrief, ergriff die SPD die Initiative zur Bildung eines Soldatenrats. Er setzte einen neuen Polizeipräsidenten ein, den sozialdemokratischen Juristen Hugo Sinzheimer. Durch die USPD entstand ein Arbeiterrat, dessen Führung sie zunächst beanspruchte. Doch unter dem Druck der Soldaten einigte man sich auf eine paritätisch besetzte Exekutive.

Angesichts des Drucks der Straße und der Einigung der Arbeiterparteien, was im Übrigen alles ohne Blutvergießen erfolgt war, beugten sich die lokalen Autoritäten der Macht des Faktischen. Die Stadtverordnetenversammlung anerkannte am 12. November den Arbeiter- und Soldaten-Rat als die "höchste Vertretung der Stadt". Im Gegenzug sollten Stadtverordnetenversammlung und Magistrat ihre Tätigkeit weiter ausüben. Rätevertreter rückten in den Magistrat, je zwei von SPD und USPD (Dißmann und Sender), und die städtischen Ämter ein.

Die weitere Entwicklung blieb damit erst einmal offen. Die grundlegende Entscheidung darüber fiel auf dem ersten Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte Mitte Dezember mit dem Beschluss über die Wahl einer Nationalversammlung zur Ablösung der Räte.¹³⁵ Frankfurts Arbeiterrat hatte am 9. Dezember drei Delegierte gewählt: Einen für den Soldatenrat und je einen SPD- und USPD-Vertreter für den Arbeiterrat, letzterer

132 Wilhelm Pieck: Die Gründung der KPD: Erinnerungen an die Novemberrevolution, Berlin 1928, S. 9.

133 Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, S. 98.

134 Die allgemeine Darstellung der Revolution in Frankfurt beruht im Wesentlichen auf Hans Drüner: Im Schatten des Weltkrieges: Zehn Jahre Frankfurter Geschichte von 1914–1924, Frankfurt 1934, und Erhard Lucas: Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates 1918/19, Frankfurt 1969.

135 Vgl. Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, Vom 16. Dezember bis 21. Dezember im Abgeordnetenhaus zu Berlin, Stenographische Berichte, Berlin

war Dißmann.¹³⁶ Merkwürdigerweise nahm er dann doch nicht am Kongress teil, sondern wurde durch ein anderes USPD-Mitglied vertreten. Ein Grund dafür wurde nicht bekanntgegeben.

Seine Haltung zu dem Beschluss war allerdings eindeutig. Drei Monate später erklärte er auf dem USPD-Parteitag:

Wir sind uns klar geworden, seit dem Rufen nach der Nationalversammlung, daß der Ruf und die Verwirklichung der Nationalversammlung nichts anderes bedeuten, als einen schnöden Betrug und einen Verrat am Sozialismus. [...] Tatsache ist, daß wir heute das Räte-system erkannt haben [...], um damit den Sozialismus zu verwirklichen.¹³⁷

Damit war auch die Fortexistenz des Frankfurter Arbeiterrats in Frage gestellt. Doch die geographische Lage der Stadt kam zu Hilfe. Frankfurt lag in der neutralen Zone zwischen der alliierten Besatzungszone und der zurückgezogenen deutschen Armee. Dadurch konnte die Berliner Regierung keine Freikorps zur Beseitigung der Räte entsenden. Die Sicherheit der Stadt, die ein zentraler Durchgangspunkt für das demobilisierte Heer wie auch der Kriegsgefangenen war, garantierte er durch seinen Polizeipräsidenten Sinzheimer, dem je zwei Vertreter von SPD und USPD beigeordnet wurden. Die Polizei wurde durch eine Arbeiterwehr und durch revolutionäre Matrosen verstärkt. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik verordnete er die Einführung des Achtstundentages und begleitete die Umstellung auf Friedensproduktion. Für die Arbeitslosen setzte er beim Magistrat relativ günstige Bedingungen durch. Lucas kommt so für die Zeit vom 9. November bis Anfang März zum Urteil: "unangefochtene Herrschaft des Arbeiterrats in den ersten vier Monaten der Revolution".¹³⁸

Doch die Ergebnisse der Wahlen von Januar (Nationalversammlung und preußische Landesversammlung) bis März (Kommunalwahlen) brachten keine sozialistische Mehrheit, sondern eine von Wahl zu Wahl wachsende Dominanz der bürgerlichen Parteien. Insbesondere nach schweren Unruhen am 31. März bei einer Kontrolle von Schwarzmarktgeschäften verschärfen sich deren Attacken und auch in der SPD entstanden langsam Zweifel. Bei wachsenden Spannungen mit zunehmenden politischen und sozialen Konflikten konnte das prekäre Machtgleichgewicht nur noch gehalten werden, weil von außerhalb keine Truppen einmarschieren konnten.

1919; Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, erw. Ausgabe Frankfurt u. a. 1978, S. 197–205.

136 Volksstimme, 10. Dezember 1918.

137 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin 1919, S. 145.

138 Erhard Lucas: Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates 1918/19, S. 41.

Seine Abwehrfähigkeit gegenüber den Angriffen verdankte der Arbeiterrat allerdings auch dem Umstand, dass es über die Monate gelungen war, eine Art Koalition von SPD und USPD aufrechtzuerhalten. Das erforderte freilich auch immer wieder Zugeständnisse auf Seiten der USPD. Hatte Dißmann nach der Spaltung der SPD zunächst eine Haltung der scharfen Konfrontation vertreten, so hatte er sehr bald feststellen müssen, dass das Kräfteverhältnis dem nicht entsprach.

Die Kehrseite dieser Politik war, im Arbeiterrat "Mehrheitsbeschlüsse über politische Fragen zu vermeiden, da sie nach Meinung der Exekutive in praktischer Hinsicht wertlos bleiben und nur unnötige Reibungen erzeugen würden".¹³⁹ Lucas bezeichnet dieses Verhalten als "autoritäre Abschirmung ihrer Koalition mit der SPD", es deutete "darüber hinaus eine Unsicherheit über den politischen Sinn dieser Koalition an".¹⁴⁰

Doch diese Situation ließ sich nicht auf Dauer aufrechterhalten. Im September gaben die Franzosen schließlich ihre Zustimmung zum Einrücken von Freikorps. Ein neuer Polizeipräsident wurde Ende Oktober eingesetzt. Während die SPD diese Entwicklung verteidigte, rechnete Dißmann im Arbeiterrat ausführlich mit ihr ab. Sie habe seit Beginn der Revolution immer wieder Vorstöße gegen sie versucht. Die folgenden Monate waren nur noch von gegenseitigen Schuldzuweisungen geprägt, bis der Arbeiterrat Ende Januar aufhörte zu existieren.

Die Erwartungen von Dißmann und der Frankfurter USPD hatten sich somit nicht verwirklichen lassen. Die Revolution hatte nicht weiter getrieben werden können, als insgesamt in Deutschland. Nur der Lage der Stadt in der neutralen Zone war es zu verdanken, dass eigene sicherheits- wie sozialpolitische Akzente gesetzt werden konnten. Dies trug sicher auch dazu bei, dass es in Frankfurt nicht zu solchen blutigen und bürgerkriegsähnlichen Kämpfen gekommen war wie in vielen anderen Städten.

Es war der Frankfurter USPD auch keineswegs gelungen, die SPD zu verdrängen, auch wenn sie von wachsender Enttäuschung profitieren konnte, wie es die annähernde Stimmenverdoppelung zwischen Januar und März zeigte (von 4,5 Prozent auf 8,5 Prozent). Doch blieb sie damit immer noch deutlich hinter der SPD zurück (45 Prozent beziehungsweise 36 Prozent). Zudem war es bei den Wahlen zur Nationalversammlung nicht gelungen, einen Abgeordneten – Dißmann stand auf dem ersten Listenplatz – durchzubringen.

Die USPD musste sich also erst einmal auf geduldige Oppositionsarbeit konzentrieren. Ihre Stärke lag in ihrer betrieblichen Verankerung, in ihren Vertrauensleuten in den Betrieben vor allem der Metallindustrie und dem daraus resultierenden gewerkschaftlichen Einfluss vor allem im DMV. Einen großen organisatorischen Schritt hatte sie allerdings mit der Herausgabe einer Zeitung, *Volksrecht*, machen können. Ihre Chefre-

139 Ibid., S. 48.

140 Ibid., S. 115.

dakteurin wurde Toni Sender, die in ihrer Autobiographie die prekären Redaktionsbedingungen geschildert hat.¹⁴¹

Weiterhin war Dißmann ja auch in der Parteiführung der USPD. Er kandidierte sogar auf dem USPD-Parteitag im März 1919 für den Vorsitz, endete aber abgeschlagen als Dritter und wurde auch nicht wieder in den Beirat gewählt.¹⁴² Er referierte allerdings über die Stellung zu den Gewerkschaften.¹⁴³ Dies deutete seine Rückkehr zu diesem Tätigkeitsfeld an.¹⁴⁴ Bereits im Jahre 1917 war er auf der Generalversammlung des DMV als Sprecher der Anti-Kriegs-Minderheit aufgetreten, ohne eine gewerkschaftliche Funktion zu bekleiden. Der starke Einfluss der USPD im DMV brachte ihm dann ein Mandat als einer seiner Delegierten auf dem deutschen Gewerkschaftskongress im Juli 1919 in Nürnberg ein, wo er als Wortführer der Opposition gegen Legien auftrat. Den Höhepunkt seines oppositionellen Wirkens fand er auf der 14. Generalversammlung des DMV im Oktober in Stuttgart. Diese wählte ihn zu einem von drei Vorsitzenden. Diese Tätigkeit sollte ihn nun bis zum überraschenden Tod bestimmen. Sie war durch ganz neue spezifische Bedingungen geprägt, die sich aus der Notwendigkeit der Wahrung der Einheit der ihm anvertrauten Organisation ergaben, ohne dabei allerdings seine eigenen politischen Positionen, geprägt durch seine Erfahrungen in der Vorkriegssozialdemokratie, aufzugeben. All dies muss hier aber außer Betracht bleiben.

Reiner Tosstorff teaches as *Privatdozent* at the history department of the University of Mainz. His main research interests are in the international left, labour movements and Spanish history in the 19th and 20th centuries. His recent publications include: *Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937*, Paderborn 2004 (the forthcoming English translation will be published as part of the Historical Materialism book series); and *El POUM en la revolució espanyola*, Barcelona 2009. He also edited *Paul Frölich, Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890–1921*, Berlin 2013.

141 Toni Sender: Autobiographie einer deutschen Rebellin, S. 126–129.

142 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, S. 254 f. und 265.

143 Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, S. 191–197.

144 Zum Folgenden v. a. Fritz Opel: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des Ersten Weltkrieges und der Revolution.